

Fragen

**für die Fragestunde der 30. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 12. März 2003**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	19, 20	Klöckner, Julia (CDU/CSU)	42, 43
Baumann, Günter (CDU/CSU)	12, 13	Kopp, Gudrun (FDP)	25, 26
Blank, Renate (CDU/CSU)	5, 6	Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	16, 17
Bleser, Peter (CDU/CSU)	48, 49	Laurischk, Sibylle (FDP)	2, 9
Carstensen, Peter H. (Nordstrand)	40, 41	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	29, 30
(CDU/CSU)		Dr. Luther, Michael (CDU/CSU)	34, 35
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	44, 45	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	23, 24
Deß, Albert (CDU/CSU)	46, 47	Niebel, Dirk (FDP)	33
Feibel, Albrecht (CDU/CSU)	10, 11	Pau, Petra (fraktionslos)	3, 18
Fischer, Hartwig (Göttingen) (CDU/CSU) . .	31, 32	Roedel, Hannelore (CDU/CSU)	21, 22
Fischer, Dirk (Hamburg) (CDU/CSU)	7, 8	Wanderwitz, Marco (CDU/CSU)	36, 37
Grindel, Reinhard (CDU/CSU)	14, 15	Weiß, Gerald (Groß-Gerau) (CDU/CSU)	1
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	38, 39	Wöhrl, Dagmar (CDU/CSU)	27, 28
Dr. Jahr, Peter (CDU/CSU)	4		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	10

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

1. Abgeordneter
Gerald Weiß
(Groß-Gerau)
(CDU/CSU)

Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass der Einsatz von Rettungsdiensten bei alten Menschen, wenn diese fallen und nicht mehr allein aufstehen können, nicht durch die Krankenkassen abgerechnet wird, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung dann die Tatsache, dass Rettungsdienste deswegen im Einzelfall von der Hilfe absehen (vgl. Rüsselsheimer Echo vom 19. Februar 2003)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

2. Abgeordnete
Sibylle Laurischk
(FDP)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen bzw. wird sie noch ergreifen, um entsprechend dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 72/166/EWG, 845/5/EWG und 90/232/EWG des Rates sowie der Richtlinie 2000/26/EG über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung auch weiterhin die Möglichkeit einer Befreiung von der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungspflicht für selbstfahrende Arbeitsmaschinen und bestimmte Anhänger in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zu erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

3. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos)

Wie oft haben Mitglieder der Bundesregierung im Jahr 2002 die Flugbereitschaft in Anspruch genommen (bitte nach Anzahl der Flüge, Bundesministerien und Bundeskanzleramt aufschlüsseln), und wie viele Kosten sind dadurch insgesamt entstanden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

- | | |
|---|---|
| 4. Abgeordneter
Dr. Peter
Jahr
(CDU/CSU) | Plant die Bundesregierung als langfristig neues Verkehrsmittel im Korridor IV des Transeuropäischen Netzes Berlin – Prag – Südosteuropa eine Transrapidstrecke? |
| 5. Abgeordnete
Renate
Blank
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, dass in Belgien und in den Niederlanden während der letzten Monate finanziell gut ausgestattete neue Fördertöpfe zur Unterstützung des dortigen Binnenschiffahrtsgewerbes bereitgestellt wurden? |
| 6. Abgeordnete
Renate
Blank
(CDU/CSU) | Wenn ja, zieht die Bundesregierung als Reaktion auf diese Entwicklung ebenfalls eine stärkere Beihilfe für das heimische Binnenschiffahrtsgewerbe in Betracht, oder wird sie auf EU-Ebene im Zuge der Harmonisierung gegen diese Wettbewerbsverzerrung zu Lasten des deutschen Gewerbes vorgehen? |
| 7. Abgeordneter
Dirk
Fischer
(Hamburg)
(CDU/CSU) | Was wird die Bundesregierung in ihrer politischen Verantwortung bezüglich der Güterumgehungsbahn Hamburg-Horn – Hamburg-Eidelstedt zur Lärmsanierung im Bereich der sog. Ertüchtigungsstrecke tun, um auf die zu erwartende zusätzliche Lärmbelastung der betroffenen Anwohner in Höhe von dann voraussichtlich 70 dB (A) am Tag und in der Nacht zu reagieren? |
| 8. Abgeordneter
Dirk
Fischer
(Hamburg)
(CDU/CSU) | Ist die Güterumgehungsbahn Hamburg-Horn – Hamburg-Eidelstedt im Lärmsanierungsprogramm des Bundes für bestehende Schienenwege enthalten, und wenn nein, warum nicht, obwohl Bundesmittel für die Lärmsanierung in den vergangenen Jahren häufig nicht vollständig abgefließen sind? |
| 9. Abgeordnete
Sibylle
Laurischk
(FDP) | Warum erklärt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Achim Großmann, auf meine schriftlichen Fragen 66 und 67 auf Bundestagsdrucksache 15/512 vom 21. Februar 2003, einerseits, dass laut Antwort zur Frage 67 vom 21. Februar 2003 ein kurzfristiger Ausbau der Verkehrsinfrastruktur nicht möglich sei, während er andererseits erklärt, dass |

der in der Vereinbarung über die Schnellbahnanbindung Paris – Ostfrankreich – Südwestdeutschland geplante Ausbau der deutschen Streckenabschnitte 1998 begann und der Ausbau in Frankreich 2002 folgte, obwohl andererseits in der Antwort zu Frage 66 vom 21. Februar 2003 mitgeteilt wird, dass ein Zeitpunkt für den Beginn der Arbeiten in Frankreich nicht abzusehen sei?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

- | | |
|---|--|
| 10. Abgeordneter
Albrecht
Feibel
(CDU/CSU) | Trifft es vor dem Hintergrund der Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Margareta Wolf, auf meine Frage 42 in der Fragestunde am 19. Februar 2003, Plenarprotokoll 15/27, S. 2125 D, in der lediglich auf eine Baumaßnahme durch das Bundesamt für Strahlenschutz verwiesen wurde, zu, dass in anderen Liegenschaften sowie in der Liegenschaft Salzgitter-Lebenstedt seitens des Bundesamtes keinerlei Baumaßnahmen – auch keine Umbauten – im Jahr 2003/2004 vorgenommen werden? |
| 11. Abgeordneter
Albrecht
Feibel
(CDU/CSU) | Welche Baumaßnahmen mit welchem Finanzbedarf sind in anderen Liegenschaften sowie in Salzgitter-Lebenstedt in 2003/2004 vorgesehen? |
| 12. Abgeordneter
Günter
Baumann
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, dass die Umweltbelastung durch Luftverschmutzung im sächsischen Grenzbereich zu Tschechien in den vergangenen Monaten zugenommen hat und dass eine Ursache hierfür die Emissionen veralteter tschechischer Industrieanlagen sind? |
| 13. Abgeordneter
Günter
Baumann
(CDU/CSU) | Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um auf eine Einhaltung von umweltpolitischen Mindeststandards in tschechischen Industrieanlagen im grenznahen Bereich hinzuwirken? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

14. Abgeordneter
**Reinhard
Grindel**
(CDU/CSU)
- Hat der Bundesminister des Innern, Otto Schily, in der letzten Sitzung des EU-Innenministerrats einer Richtlinie zum Familiennachzug zugestimmt, die im deutschen Ausländerrecht eine Regelung über den Nachzug von Kindern mit einem Nachzugsalter unterhalb von zwölf Jahren nicht mehr möglich macht?
15. Abgeordneter
**Reinhard
Grindel**
(CDU/CSU)
- Wenn ja, warum wartet die Bundesregierung auf EU-Ebene mit der Zustimmung zu Richtlinien, die das Ausländer- und Asylrecht betreffen, nicht bis zu einer abschließenden Entscheidung über ein neues Zuwanderungsgesetz?
16. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)
- Wie soll nach Auffassung der Bundesregierung das Problem der Feuerwehrleute, die als Atemschutzgeräteträger bisher ein sog. Rescue-Tool als Selbstrettungswerkzeug benutzen, das aber ab dem 1. April 2003 nach dem neuen Waffenrecht verboten ist, gelöst werden?
17. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)
- Wie stellt die Bundesregierung eine gleiche Behandlung bei einer ggf. erforderlichen Ausnahmegenehmigungserteilung sicher, und wie kann verhindert werden, dass das Verfahren nicht zu Lasten der Feuerwehrleute, die sich das überlebensnotwendige Werkzeug selbst beschafft haben, geht?
18. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(fraktionslos)
- Wie hoch war die Zahl der Einbürgerungen im Jahr 2002, und wie viele doppelte oder Mehrfach-Staatsbürgerschaften sind dadurch entstanden?
19. Abgeordneter
**Dietrich
Austermann**
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass für das Abschneiden der SPD bei der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein die „Berliner Vielstimmigkeit“ verantwortlich war und dass „in Berlin klar erkennbar werden muss, wie das Gesamtkonzept zur Erneuerung Deutschlands mit sozialem Augenmaß aussieht“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. März 2003)?

20. Abgeordneter
**Dietrich
Austermann**
(CDU/CSU)

Welche Gründe sind nach Auffassung der Bundesregierung für das Abschneiden der SPD bei der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein maßgebend, wenn erklärt wird: „Unsere Kommunalpolitiker sind für etwas abgestraft worden, für das sie in keiner Weise verantwortlich sind“ (Hamburger Abendblatt vom 4. März 2003)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

21. Abgeordnete
**Hannelore
Roedel**
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die Steuerausfälle beziffern, die bei Einführung der Zinsabschlagssteuer dadurch entstehen, dass nicht der persönliche, progressive bis zu 48 % hohe Steuersatz angewendet wird, sondern der pauschale von 25 %, und wenn ja, um welchen Betrag handelt es sich bei den Steuermindereinnahmen?

22. Abgeordnete
**Hannelore
Roedel**
(CDU/CSU)

Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass z. B. Rentner oder Kinder ohne weitere Einkünfte, deren Zinserträge über dem Sparerfreibetrag liegen, nicht mit 25 % Zinsabschlag belastet werden, obwohl sie unter dem Grundfreibetrag liegen bzw. ihr persönlicher Steuersatz niedriger ist als der 25 %ige Zinsabschlag?

23. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU)

Wie hoch ist die Summe der Gelder, die im Rahmen des Konjunkturprogrammes verwendet werden sollen, und wie soll die Verteilung und Vergabe der Gelder im Einzelnen aussehen?

24. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU)

Ist es richtig, dass die Gelder für Städte und Gemeinden zweckgebunden vergeben werden sollen, und wenn ja, gibt es einen Strukturreformplan, der eine Verzerrung der Angebots- und Nachfragestruktur am Markt und eine möglicherweise damit verbundene Fehlleitung der Investitionen verhindern würde?

25. Abgeordnete
**Gudrun
Kopp**
(FDP)
- Plant die Bundesregierung, Bundesunternehmen und Bundesbeteiligungen an Unternehmen zu privatisieren bzw. zu liquidieren, und wenn ja, in welchem Umfang (teilweise oder vollständig) soll dies jeweils geschehen?
26. Abgeordnete
**Gudrun
Kopp**
(FDP)
- Was zählt die Bundesregierung zu den „strengen Maßstäben“ zur „Prüfung des wichtigen Bundesinteresses bei Beteiligungen des Bundes“, wie sie im Jahreswirtschaftsbericht 2003 der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 15/372, Punkt 80, S. 60) genannt sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Arbeit**

27. Abgeordnete
**Dagmar
Wöhrl**
(CDU/CSU)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Immobilien- und Liegenschaftenbesitz der Bundesanstalt für Arbeit (BA) insgesamt ein?
28. Abgeordnete
**Dagmar
Wöhrl**
(CDU/CSU)
- In welcher Größenordnung werden Immobilien und Liegenschaften von der BA für Zwecke genutzt, die direkt der Arbeitsvermittlung dienen, und in welcher Größenordnung werden sie für andere Zwecke genutzt?
29. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzs**
(fraktionslos)
- Wie wirken sich die Kürzungen der Mittel der BA für den 2. Arbeitsmarkt konkret auf die Zahl der dort Beschäftigten aus, und welche arbeitsmarktpolitischen Wirkungen erhofft man sich durch diese Maßnahmen insbesondere für Langzeitarbeitslose?
30. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzs**
(fraktionslos)
- Welche Auswirkungen werden diese Kürzungen auf die Zahl der Bildungsträger haben, die auf dem 2. Arbeitsmarkt bisher tätig sind, und welche Übergangsregelungen gibt es für diese Bildungsträger?

- | | |
|--|--|
| 31. Abgeordneter
Hartwig
Fischer
(Göttingen)
(CDU/CSU) | Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Auswirkungen der Streichung des Bundeszuschusses zum Haushalt der BA für die berufliche Weiterbildung von Arbeitslosen vor? |
| 32. Abgeordneter
Hartwig
Fischer
(Göttingen)
(CDU/CSU) | Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, dass besonders Programme für lernbehinderte Jugendliche von den aktuellen Sparmaßnahmen betroffen sind, und wie will die Bundesregierung Abhilfe schaffen? |
| 33. Abgeordneter
Dirk
Niebel
(FDP) | Welche Haltung nimmt die Bundesregierung gegenüber der Vorlage des Verwaltungsrates der BA ein, nach der beim Umbau der BA 41,1 Mio. Euro für externe Berater vorgesehen sind (vgl. FOCUS 10/2003), und werden diese Beratungsverträge öffentlich ausgeschrieben? |
| 34. Abgeordneter
Dr. Michael
Luther
(CDU/CSU) | Trifft es zu, dass 24 Modellprojekte in Deutschland zur „Entwicklung einer neuen Förderstruktur für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf“ nach Inkrafttreten des Bundeshaushalts 2003 nicht mehr fortgesetzt werden können, da der Bundeszuschuss an die BA 2003 auf Null gestellt werden soll und die BA ihren Haushalt so gestaltet hat, dass diese Modellprojekte in der Mitte ihrer Laufzeit ab Mitte dieses Jahres nicht mehr finanziert werden können, obwohl die Laufzeit dieser Projekte auf 5 Jahre ausgelegt war, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung für die betroffenen Jugendlichen zu tun? |
| 35. Abgeordneter
Dr. Michael
Luther
(CDU/CSU) | Wie ist die Vertragsgestaltung für die 24 Modellprojekte zur „Entwicklung einer neuen Förderstruktur für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf“ hinsichtlich ihrer Laufzeit und einer möglicherweise notwendigen kurzfristigen Kündbarkeit durch die BA? |
| 36. Abgeordneter
Marco
Wanderwitz
(CDU/CSU) | Wie viele Jugendliche nehmen gegenwärtig an den Maßnahmen der BA der 24 Modellprojekte in Deutschland zur „Entwicklung einer neuen Förderstruktur für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf“ teil, und wie hoch ist die regelmäßige Ein- und Austrittsquote? |

37. Abgeordneter
**Marco
Wanderwitz**
(CDU/CSU)

Welche Alternativen stehen den Jugendlichen zur Verfügung, wenn es die Möglichkeit der 24 Modellprojekte in Deutschland zur „Entwicklung einer neuen Förderstruktur für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf“ nicht gäbe?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**

38. Abgeordneter
**Helmut
Heiderich**
(CDU/CSU)

In wie vielen Zeitschriften und Zeitungen und zu wie vielen Terminen hat die Bundesregierung seit dem Beginn ihrer Werbekampagne für den Ökolandbau Anzeigen geschaltet?

39. Abgeordneter
**Helmut
Heiderich**
(CDU/CSU)

In welchen Fernsehsendern und in welcher Häufigkeit in Kinos hat die Bundesregierung im Laufe dieser Kampagne Werbe-Spots senden lassen?

40. Abgeordneter
**Peter H.
Carstensen**
(Nordstrand)
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass bei dem jetzigen Ausbruch der Geflügelpest Italien vorbeugend impft, und wie gedenkt sie bei einem Ausbruch der Seuche in Deutschland zu handeln?

41. Abgeordneter
**Peter H.
Carstensen**
(Nordstrand)
(CDU/CSU)

Für welche Pathogenitätsstufen der Geflügelpest stehen zurzeit Impfstoffe zur Verfügung, und in welcher Weise ist die Bundesregierung bereit, die Entwicklung notwendig neuer Impfstoffe zu unterstützen?

42. Abgeordnete
**Julia
Klößner**
(CDU/CSU)

Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass Nordrhein-Westfalen nach Bekanntgabe der in den Niederlanden grassierenden Geflügelpest die Freilandhaltung von Geflügel nicht sofort untersagt in Anbetracht des langen gemeinsamen Grenzverlaufs mit den Niederlanden, und wenn ja, sieht sie Handlungsbedarf?

43. Abgeordnete
Julia Klöckner
(CDU/CSU)
- Wie wird die Gefahr der Einschleppung des Geflügelpest-Erregers mittels Fertigfutter über die normalen Vertriebswege und mittels Futterrohstoffe, die über die Binnenschifffahrt aus Rotterdam nach Deutschland gelangen, unterbunden?
44. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass weder die im Zusammenhang mit der sog. Geflügelpest gesperrten Betriebe noch Brütereien einen Anspruch auf Entschädigung nach dem Tierseuchengesetz haben, da nach diesem wirtschaftliche Folgeschäden nicht erstattungsfähig sind und Eier nicht als lebendes Tier gelten, und wenn ja, erwägt die Bundesregierung die Bereitstellung finanzieller Sondermittel für diese Betriebe wie es z. B. im Herbst 1993 bei Ausbruch der Schweinepest geschah, als Bundesmittel zur Verfügung gestellt wurden, mit denen die damalige Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnungen entsprechend der aktuellen Marktnotierungen Bestände (Mast Schweine und Ferkel) aufkaufte?
45. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung sich angesichts der Tatsache, dass von Verpackungen eine hohe Ansteckungsgefahr ausgeht, bei der EU-Kommission für eine Ausweitung des für die Niederlande verhängten Ausfuhrverbots, das bislang nur für Lebendgeflügel und Bruteier gilt, auf Konsum- und Industrieier einsetzen, und wenn nein, warum nicht?
46. Abgeordneter
Albert Deß
(CDU/CSU)
- Wie wird der Geflügelverkehr zwischen Deutschland und den Niederlanden kontrolliert und sichergestellt, dass ein Übergriff der Geflügelpest auf deutsche Bestände unterbunden wird?
47. Abgeordneter
Albert Deß
(CDU/CSU)
- Wie wird sichergestellt, dass Konsum- und Industrieier sowie Verpackungen aus gefährdeten niederländischen Gebieten nicht nach Deutschland gelangen?
48. Abgeordneter
Peter Bleser
(CDU/CSU)
- Wie wird sichergestellt, dass auch die Hobby- und Kleintierhalter von den Maßnahmen zum Schutz gegen die Geflügelpest erfasst sind?

49. Abgeordneter
**Peter
Bleser**
(CDU/CSU)

Wie reagiert die Bundesregierung auf die Einschleppung des Geflügelpesterregers durch Zugvögel im Hinblick auf die Freilandhaltung von Geflügel?